

Flaschengeist Budgetierung



Liebe Leserinnen und Leser,

diese Redensart ist das Leitmotiv aller Skeptiker: Trau, schau, wem! Schenke niemandem leichtfertig Vertrauen. Leider markiert sie traditionell das Verhältnis der deutschen Zahnärztinnen und Zahnärzte zu „ihren“ jeweiligen Bundesgesundheitsministern – oder -ministerinnen.

Zur direkten Konfrontation kommt es meist während der Bundesversammlung der Bundeszahnärztekammer im Herbst. Soll man den Minister beklatschen oder ausbuhen? Die rhetorisch geschulten Politprofis wissen, wie sie das Auditorium für sich einnehmen können. Es wird gelobt: die hervorragende Arbeit der Ärzte und Zahnärzte an ihren Patienten, das hohe Vertrauen, das sie als Behandler genießen, die tollen Erfolge in der Mundgesundheit der deutschen Kinder. Und schon ist sie weg, die Beißhemmung.

Mit dem aktuellen Bundesgesundheitsminister Prof. Karl Lauterbach wird es sich ähnlich verhalten – allerdings ist fragwürdig, ob er zur Bundesversammlung kommt, die in diesem Jahr Anfang November in München stattfinden wird. Karl Lauterbach genießt inzwischen ähnliche „Sympathiewerte“ wie einst Amtsvorgänger Jens Spahn. Die niedergelassenen Gesundheitsberufe haben den SPD-Politiker schon immer mit Skepsis betrachtet, wegen seiner Forderungen nach der Bürgerversicherung. Jetzt ist der Beliebtheitsgrad in Bezug auf sein Pandemie-Management in den Keller gestürzt.

Aktueller Stein des Anstoßes ist ein neues Kostendämpfungsgesetz: das GKV-Finanzstabilisierungsgesetz (GKV-FinStG), mit dem Lauterbach die durch die Pandemie klamm gewordenen gesetzlichen Krankenversicherungen „stabilisieren“ will. Ärzte und Zahnärzte gehen auf die Barrikaden – zumindest sinnbildlich. Während die Ärzteschaft die Abschaffung der sogenannten Neupatientenregelung heftig kritisiert, die es Arztpraxen ermöglicht, neue Patienten ohne Vergütungsabzug, zum eigentlich mit den Krankenkassen vereinbarten Honorar, zu behandeln, lässt der Bundesgesundheitsminister die „Budgetierung“ der vertragszahnärztlichen Leistungen als wiedererwachten Flaschengeist für die

Zahnärzte entweichen. Die Empörung macht sich in Unterschriftenaktionen Luft. Persönliche Protestnoten von Zahnärzten aus allen Bundesländern erreichen zu Tausenden das BMG.

Die neuerlich geplante Budgetierung wird nicht nur von den Zahnärzte-Funktionären als besonders hinterhältig empfunden, weil erst vor einem Jahr mit großem Tamtam unter Beteiligung von BMG und G-BA die systematische Parodontalbehandlung mit neuen BEMA-Leistungen und entsprechend der PAR-Richtlinie eingeführt wurde. Das hochgelobte, langfristig angelegte Präventionskonzept liegt also, kaum ein Jahr alt, im Sterben, weil die begrenzten Mittel für den hohen Behandlungsbedarf bei Weitem nicht ausreichen.

Eigentlich ist das GKV-FinStG nicht unbedingt Thema des BDIZ EDI. Der Verband steht jedoch an der Seite von Zahnärztekammern und Kassenzahnärztlichen Vereinigungen und liefert einen aus fachlicher Sicht guten Grund, gegen das geplante Kostendämpfungsgesetz bzw. die Budgetierung vorzugehen. Unbehandelt verursacht die Parodontitis Zahnverlust und steht im Zusammenhang mit schweren Allgemeinerkrankungen im Bereich Herz-Kreislauf und Diabetes mellitus. Der BDIZ EDI appelliert entsprechend an die Patientinnen und Patienten, „bei Zahnfleischbluten die Paro-Behandlung noch in diesem Jahr zu beginnen“, solange „unbegrenzt“ Geld zur Verfügung steht!

Wer sich empört und als Zahnarzt und Patient betroffen ist, sollte etwas tun: Für die Petition gegen das neue Gesetz unterschreiben. Informationen in dieser Ausgabe!

Anita Wuttke
Chefredaktion